



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Konrad-Adenauer-Str.12, 70173 Stuttgart

PRESSEMITTEILUNG



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Telefon (0711) 2063-645

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: josef.frey3@gruene.landtag-bw.de

Stuttgart, den 22. Dezember 2016

Land ermöglicht Sprechstunden für Wohnungslosenhilfe Lörrach

MdL Joshua Frey: Niederschwelliges Angebot baut Hemmnisse ab

MdL Joshua Frey freut sich, dass das Erich-Reisch-Haus in Lörrach zu einer von neun Einrichtungen gehört, die von der Landesregierung bei der besseren medizinischen Versorgung von wohnungslosen Menschen unterstützt werden.

Die Finanzierung von 9.500 Euro ist Teil eines neu aufgelegten Modellprojekts des baden-württembergischen Sozialministeriums. Ziel ist es, regelmäßige ärztliche Sprechstunden anzubieten und damit wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Bürgerinnen und Bürgern eine allgemeinmedizinische Grund- und Erstversorgung sicherzustellen. „Für wohnungslose Menschen gibt es leider oft Barrieren beim Zugang zur Gesundheitsversorgung. Das bewusst niedrigschwellige Angebot baut Hemmnisse ab“, so Joshua Frey.

Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit gefährdete Menschen nutzen im Vergleich zum Rest der Bevölkerung unterdurchschnittlich oft medizinische Angebote. Obwohl ein Teil der Betroffenen krankenversichert ist oder über eine entsprechende Absicherung die Angebote von Ärzten und Krankenhäusern in Anspruch nehmen könnte, nehmen viele diese Hilfen nicht in Anspruch. Zu den Gründen zählen beispielsweise frühere negative Erfahrungen beim Arztbesuch, Schamgefühle oder eine oftmals zu positive Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes. Das ist das Ergebnis einer vom Sozialministerium beim Institut für angewandte Sozialwissenschaften in Auftrag gegebenen Studie zur gesundheitlichen Versorgung wohnungsloser Menschen in Baden-Württemberg. Mit dem jetzt gestarteten Modellprojekt für eine bessere medizinische Versorgung von wohnungslosen Menschen reagiert die Landesregierung auf diese Erkenntnisse.